



Landesjugendring BW / Siemensstraße 11 / 70469 Stuttgart

Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft

Per E-mail

Landesjugendring
Baden-Württemberg e.V.
Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Fon 0711 16 447-0
Fax 0711 16 447-77

Stellungnahme zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes (KlimaG BW)

Stuttgart, 31.10.2022
Seite 1/3

Sehr geehrte Frau Walker, sehr geehrte Damen und Herren,
der Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. versteht seine Arbeit
satzungsgemäß als Interessensvertretung seiner Mitglieder und aller
Jugendlichen in Baden-Württemberg. Daher begrüßen wir die Novellierung des
Klimaschutzgesetzes für Baden-Württemberg grundsätzlich!

Kontakt:
Dominik Nawratil
0711 16 447-29
nawratil@ljbw.de

Unsere Vollversammlung hat schon im November 2015 mit dem Beschluss »It's
our Fucking Future!« das 1,5-Grad-Ziel eingefordert und den Landtag und die
Regierung von Baden-Württemberg aufgefordert, unser Land bis 2025 zum
Klimamusterland zu machen. Leider hat sich aus unserer Sicht noch nicht so viel
getan, wie wir gehofft und gefordert haben.

Kinder und Jugendliche möchten nicht länger mit widersprüchlichen Reden
hingehalten werden, sondern fordern eine ernsthafte und wirkungsvolle
Auseinandersetzung nicht nur beim Thema Klimaschutz. Dabei sind sie
diejenigen die in der Zukunft die Folgen der heutigen Politik tragen. Wir fordern
daher von der Politik, mitzuziehen und endlich ernst zu machen: Werden Sie
den Erwartungen gerecht und stellen Sie sich Ihrer globalen Verantwortung für
die jetzigen und zukünftigen Generationen!

Um das 1,5°C-Ziel noch zu erreichen braucht es schon vor dem Jahr 2030 eine
deutliche Absenkung der Treibhausgasemissionen. Die im KlimaG BW geplante
Netto-Treibhausgasneutralität für Baden-Württemberg bis zum Jahr 2040 ist
daher zu spät und die Novellierung des Klimaschutzgesetzes aus unserer Sicht
zu ambitionslos. So wurde z.B. das Ziel (in der bisherigen Fassung des
Gesetzes) 25% der Treibhausgasemissionen bis 2020 zu verringern, verpasst.
Die Einführung des CO₂-Schattenpreises ist daher überfällig.

Unsere Mitgliedsverbände

Adventjugend
Akkordeonjugend
Arbeiter-Samariter-Jugend
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen
Jugend in Baden und Württemberg
Arbeitsgemeinschaften der Stadt-
und Kreisjugendringe
Bund der Alevitischen Jugendlichen
Bund der Deutschen Katholischen Jugend
Bund Deutscher PfadfinderInnen
Bund der Landjugend
BUNDjugend
Dachverband der Jugendgemeinderäte
DJO-Deutsche Jugend in Europa
Deutsche Wanderjugend
DGB-Jugend
DIDF-Jugend
DITIB-Jugend
DLRG-Jugend
Jugend des deutschen Alpenvereins
Jugendfeuerwehr
Jugendnetzwerk Lambda
Jugendpresse
Jugendrotkreuz
Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt
Jugendwerk Evangelischer Freikirchen
Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg
Karnevaljugend
Naturfreundejugend
Naturschutzjugend
Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände
Ring deutscher Pfadfinderverbände
Ring junger Bünde
Solidaritätsjugend
Sozialistische Jugend Deutschlands
„Die Falken“
Trachtenjugend

Selbst um nur die Landesverwaltung bis 2030 netto-treibhausgasneutral aufzustellen, braucht es sehr schnelles und konsequentes Handeln und die entsprechende Finanzierung des Gesetzes. Mit dem Finanzierungsvorbehalt wird die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen allerdings dem Haushaltsgesetzgeber vorbehalten und letztendlich in den jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren entschieden. Dennoch begrüßen wir, dass bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans Nachhaltigkeitsaspekte eine angemessene Berücksichtigung finden werden. Auch die Kommunen können einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Damit das KlimaG BW auch für die Kommunen ein wirkungsvolles Instrument wird, braucht es gute finanzielle Fördermöglichkeiten und weitere Möglichkeiten der Unterstützung des Landes wie z.B. die Klimakoordinator*innen in den Landkreisen.

Wir fordern den Umbau der Energieversorgung auf 100 % ökologisch und sozial verträglich produzierte erneuerbare Energie, die dezentral in demokratisch kontrollierten Strukturen bereitgestellt wird. Dazu muss auch der Netz- und Lade-Infrastrukturausbau beschleunigt werden und die zeitliche Umsetzung im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel stehen. § 20 KlimaG BW stellt zwar das überragende, öffentliche Interesse an Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz, sowie dem Bau und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien fest, lässt aber die zeitliche Entwicklung offen.

In den vom Landesjugendring organisierten Jugendlandtagen 2019 und 2021 nahm das Thema Mobilität eine wichtige Stellung ein. Die Jugendlichen im letzten Jahr forderten ganz konkret die bessere Vernetzung von Verbänden auch unter Zuhilfenahme von digitalen Anwendungen. Mobilität ist heute soziales Bedürfnis und wirtschaftliche Notwendigkeit. Gerade Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis und sind dabei auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, da sie den motorisierten Individualverkehr in der Regel nicht selbstbestimmt nutzen können. Daher heißt Zugang zur Mobilität auch Zugang zur Gesellschaft. Zugang zur Mobilität heißt aber auch Schutz der Umwelt und gerade junge Menschen wollen ökologisch sinnvolle Varianten des Verkehrs nutzen. Der ÖPNV darf nicht nach zu erzielenden Gewinnen gesteuert werden, es müssen soziale und ökologische Aspekte Vorrang haben. Die ökologische Verkehrswende kann nur gelingen, wenn es gelingt Anreize zu schaffen, junge Menschen für den ÖPNV zu gewinnen. Da der Verkehrssektor einen erheblichen Anteil an den Treibhausgasemissionen verursacht, ist dieser Bereich im KlimaG BW aus unserer Sicht noch stärker zu gewichten.

Wir begrüßen die Verankerung der Bezüge zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung, in den verschiedenen genannten Ausbildungen, vor allem im bautechnischen, land- und forstwirtschaftlichen Bereich. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (kurz BNE) ist die Grundlage für zukunftsfähige Veränderungen und nachhaltige Entwicklung. Dabei geht es um die Entwicklung eines nachhaltigen Weltverständnisses und der Herausbildung von Verantwortung jedes*jeder Einzelnen als Teil der Einen Globalen Welt. BNE kann ihre Wirksamkeit jedoch nur entfalten, wenn junge Menschen lernen ihren eigenen Weg zu gehen und auch die Erfahrung machen, dass ihr Handeln einen Unterschied macht. BNE muss weit über das formale Bildungssystem der Schule hinaus, Grundlage von Bildung in non-formalen Bildungsbereichen werden. Wir fordern v.a. die Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungsprozessen. Die damit verbundene Möglichkeit zu Selbstwirksamkeitserfahrungen sind daher nötige Ergänzungen zu Bildungsplänen und Lernorten. BNE muss eine Leitperspektive politischen Handelns werden und im KlimaG entsprechend Eingang finden: wir fordern unter anderem eine Gesamtstrategie BNE für das Land Baden-Württemberg unter Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Unsere Forderungen zu Nachhaltigkeit finden Sie in unserem Positionspapier unter: <https://ljbw.de/positionen>

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Nawratil'.

Dominik Nawratil

(Fachvorstand Nachhaltigkeit)